Breslauer Jüdisches Gemeindeblatt

Amtliches Blatt der Synagogengemeinde zu Breslau

Schriftleitung: Verwaltungsdirektor Dr. Rechnitz, Breslau, Wallstraße 9 | Druck und Anzeigen-Annahme: Druckerei Th. Schatzky Aktiengesellschaft,
Verlag: Büro der Synagogengemeinde, Breslau, Wallstr. 9 / Tel. 21611/12 | Breslau 5, Neue Graupenstraße Nr. 7 / Fernsprecher 24468 u. 24469

Anzeigenpreis: Die 6 gesp. Millimeter-Zeile oder deren Raum 16 Pfg. — Bei laufenden Aufträgen Rabatt.

Für die unter dem Namen des Verfassers erscheinenden Artikel und die Vereinsnachrichten übernehmen wir nur die pressegesetzliche Verantwortung

8. Jahrg. Mai 1931 Nr. 5

Offenbarung

Gedanken für das Schewuothfest.

Wie bei verschiedenen Menschen sich eine Verschiedenheit wissenschaftlicher und künstlerischer Begabung findet, so auch eine Verschiedenheit religiöser Empfänglichkeit. Es gibt unreligiöse Menschen ebenso wie es unmusikalische gibt. Freilich ist die Zahl derjenigen, in deren Seele die religiöse Saite gänzlich fehlt, wohl sehr gering; nur müssen oft ganz besondere Umstände eintreten, um sie in Schwingung zu versetzen. Und so können wir auch religiöse von areligiösen oder antireligiösen Epochen der Geschichte unterscheiden. Bekanntlich war die Aufklärungszeit im 18. Jahrhundert so verständnislos für religiöse Werte und Erscheinungen, daß einer der hervorragendsten Geister dieser Epoche, Voltaire, die Stifter der Weltreligionen für Betrüger hielt — eine Anschauung, die man übrigens auch einem mittelalterlichen Kaiser, Friedrich II., zuschreibt. Demgegenüber steht nun die Zeit, da in einem, dem israelitischen, Volke wenigstens die Empfänglichkeit für religiöse Wirkungen den höchstmöglichen Grad erreichte — die Zeit der Offenbarung an Sinai, deren wir Juden uns alljährlich an unserem Wochenfeste erinnern. War schon einige Wochen vor der Gesetzgebung, am Schilfmeere, das Volk so weit über sich selbst hinausgewachsen, daß damals „die einfachste Magd erhabenere Gesichte hatte als später der große Prophet Ezechiel", so lagerte dann am Sinai das ganze Volk als eine Einheit — dieses „hartnäckige" Volk von Individualisten von so einheitlicher Gesinnung erfüllt wie nie sonst in Vergangenheit und Zukunft. Damals sah und hörte jeder Volksgenosse die Stimmen des Donners, des Schofarklanges, die Blitze, all die gewaltigen Naturerscheinungen, unter denen sich der Allmächtige offenbarte: es fand sich kein Tauber, kein Blinder, dem nicht Heilung seines Leidens geworden wäre. Damals sprachen sie alle einmütig: „wir wollen üben und verstehen." Und die himmlischen Scharen selber erkannten bewundernd die Höhe an, zu der Staubgeborene sich emporgeschwungen. Schnell freilich erwies sich, daß die Größe einer Stunde nicht ausreicht, um eine Nation dauernd über alle irdische Kleinheit und Niedrigkeit zu erheben; daß die von der Gewalt des Augenblicks Betrübten, auf die „sich der Berg Sinai gestülpt hatte gleich einem Bottich", Pflichten auf sich genommen hatten, deren heiliger Ernst, deren Menschenkraft fast übersteigende Verantwortlichkeit sie nicht hatten ermessen können. Und dennoch war der Tag der Offenbarung mit dem Bündnisse zwischen Gtt und Menschen, das er gestiftet, nicht vergeblich gewesen. Die kommenden Geschehnisse erwiesen die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit solchen Bündnisses; und als wieder einmal ein Verhängnis durch das wunderbare Eingreifen des himmlischen Partners zunichte gemacht worden war, da „bestätigte auch der irdische, was er längst schon auf sich genommen."

Wir aber leben wieder in einer Zeit, der die Empfänglichkeit für religiöse Werte geschwunden oder doch stark gemindert scheint; so stark gemindert, daß selbst die ungewöhnlichen Ereignisse, deren Zeugen gerade unser Geschlecht, die Saite in unserem Innern nicht zum Klingen bringen konnten. Wir leben in der Zeit der Gottlosenpropaganda, deren Verfechter jeden materiellen Genuß als wertvoller denn Gttesglauben hinstellen und so nur ihre eigene Seelenarmut beweisen. Wahrscheinlich fehlen auch Sprößlinge des jüdischen Stammes nicht ganz unter ihnen, obwohl sie erfreulicherweise nicht zahlreich vertreten zu sein scheinen. Jedenfalls wollen wir uns durch das nahende Schewuothfest an unsere jüdische Aufgabe gemahnen lassen, des am Sinai geschlossenen Bundes eingedenk zu bleiben und uns als die Gemeinschaft zu fühlen, die das Gtteserbe zu tragen hat durch die Zeiten, um es der Menschheit für eine bessere Zukunft zu erhalten; uns als die Gemeinschaft zu führen, der Not und Sorgen die Himmelsleiter ebensowenig entwinden können wie Glück und Reichtum, deren Schicksalsdunkel immer durch die Blitze vom Sinai erhellt wurde und auch fernerhin erhellt werden soll.

Simonsohn.

Gemeindevertreter-Sitzung

am 15. April 1931.

Bericht von Dr. Rechnitz.

Nach Bekanntgabe einiger Einladungen und Danksagungen teilt der Vorsitzende J.-R. Peiser mit, daß die Beratung des Etats abgesetzt werden mußte, weil die Etatskommission in gemeinschaftlicher Sitzung mit Vertretern des Vorstandes sehr erhebliche Abstriche und Aenderungen vorgenommen habe, so daß der Etat vollständig umgearbeitet werden müsse, dagegen müsse über den Steuerprozentsatz heute Beschluß gefaßt werden. — Herr Gins als Berichterstatter dieser Vorlage erachtet die Zustimmung der Gemeindevertretung zu dem vorgeschlagenen Steuerprozentsatz von 14 Prozent nur als eine Formalität, da der Prozentsatz bereits veröffentlicht worden sei. Er bedauert auf das Aeußerste, daß der Etat wie in den Vorjahren wiederum verspätet vorgelegt werde. Die Etatsfestsetzung sei das wichtigste Recht der Gemeindevertretung, eine solche Beratung könne nicht in der letzten Minute gemacht werden. Dieses Jahr soll der Prozentsatz nicht nur ohne Etat festgesetzt werden, sondern sogar mit einem unausgeglichenen Etat, der mit einem Fehlbetrag von 225 000 Mk. abschließe. Eine Streichung von 100 000 Mk., wie sie die Etatskommission wünsche, erscheine ihm unmöglich, wenn man nicht an Positionen kürze, deren Kürzung in jetziger Zeit nicht zu verantworten wäre. Man müsse nach Erhöhung der Einnahmen suchen, z. B. durch Einführung der Kopfsteuer. Für alle diese wichtigen Fragen hätte die Gemeindevertretung keine Zeit zur eingehenden Beratung gefunden, während sie mit unwichtigen Sachen stundenlang aufgehalten worden sei. Bei der ganzen Sachlage könne er nichts anderes tun, als die Annahme der Vorlage zu empfehlen. — Verwaltungsdirektor Dr. Rechnitz bestreitet den formellen Charakter der Zustimmung. Die Veröffentlichung sei vorbehaltlich der Genehmigung der

Aufsichtsbehörde erfolgt. Die Regierung könnte auf Antrag der Gemeindekörperschaften oder aus eigener Entschließung einen anderen Prozentsatz verlangen, insbesondere einen höheren, weil bei einer geregelten Finanzwirtschaft die laufenden Ausgaben eines Etatsjahres durch Einnahmen gedeckt werden müßten. Ganz energisch müsse er gegen den Vorwurf protestieren, daß der Etat wieder zu spät vorgelegt worden sei. Bisher sei er regelmäßig rechtzeitig vorgelegt worden, bei Ausnahmen könnten für jedes Jahr die Gründe nachgewiesen werden, die nicht bei der Verwaltung liegen. Auch in diesem Jahre habe die Verwaltung den Entwurf bereits zu Weihnachten fertiggestellt in der Annahme, daß Anfang Januar nicht nur der Vorstand, sondern auch die Ausschüsse gewählt werden würden. Die neuen Ausschüsse, die den Etat beraten sollen, werden aber sogar erst heut gewählt. Durch die Verzögerung der Vorberatung hätten dann die an sich schwer belastetet Beamten Tag und Nacht arbeiten müssen, um den Wünschen auf rechtzeitige Vorlegung gerecht zu werden. — Geh.-Rat Goldfeld bedauert ebenfalls die verspätete Vorlegung. Sie beruhe hauptsächlich auf der neuen Satzung, die alljährlichen anstatt des früheren zweijährigen Etats vorschreibt. Kaum sei der eine Etat angenommen, müsse der nächste Etat vorbereitet werden, ohne daß man Unterlagen für die Ausgaben des letzten Jahres habe. R.-A. Jacobsohn schließt sich den Ausführungen über die verspätete Vorlegung an. Alles was man heute wisse, habe man schon im Januar gewußt. In der Sache selbst erachtet er einen Steuereinnahmerückgang von 15 Prozent für zu niedrig, man müsse ihn auf 25 Prozent annehmen, wodurch der Fehlbetrag noch größer werde. Die Gemeindevertreter hätten es sich selbst vorzuwerfen, daß sie nicht rascher gearbeitet hätten; denn die Zusammensetzung der Gemeindevertretung stehe seit 30. 11. 1930 fest. In der Sitzung der Etatskommission sei von allen Parteien übereinstimmend rigoros gestrichen worden, auch beim Wohlfahrtsetat, aber hier werde man nicht in dieser Weise streichen dürfen. Die Ausschüsse und die Etatskommission beraten den Etat kurz vor Beschlußfassung meist in einer Sitzung. Dabei käme nichts heraus, vielmehr müßten Sparmaßnahmen ständig von langer Hand vorbereitet werden, am besten durch eine Sparkommission. Als solche wäre vielleicht die Finanzkommission geeignet. Einzelne Einrichtungen der Gemeinde kosteten viel zu viel Geld. Bei der Rel.-Unterr.-Anstalt I komme auf jeden Schüler ein Betrag, für den man diesem Schüler einen erstklassigen Privatlehrer halten könnte. Die Pflichtstundenzahl der Religionslehrer sei viel zu gering, bei angemessener Erhöhung würden nicht fest angestellte Kräfte erspart werden können. In ähnlicher Weise müßten Ersparnisse beim Schlachtwesen, der Badeanstalt und anderen Einrichtungen erwogen werden. — J.-R. Peiser setzt auseinander, warum die Ausschüsse nicht schon im Januar gewählt werden konnten, und sich deshalb die Etatsberatung verzögert habe. — Dr. Schlesinger stimmt den Vorrednern in der Kritik des Etats zu, kommt aber zu einem anderen Ergebnis. Bei der Unsicherheit der finanziellen Lage müsse man den Prozentsatz erhöhen. Eine Erhöhung um 1 bis 2 Prozent spiele für den einzelnen keine große Rolle, dagegen für die Finanzlage der Gemeinde. Man könne laufende Ausgaben nicht aus Darlehen decken. Die Gemeindevertreter müßten den Mut haben, ihren Wählern zu sagen, wir kämen mit 14 Prozent nicht aus. — Dr. Dienstfertig begrüßt die sachlichen Ausführungen von Dr. Schlesinger. Der Vorstand sei sich aber über die psychologischen Wirkungen einer Steuererhöhung in der jetzigen Zeit einig gewesen. Eine Erhöhung auf 16 Prozent hätte einen rechnerischen Mehrbetrag von etwa 100 000 Mk. ergeben, damit wären wir über die größten Schwierigkeiten hinweggekommen, aber die Steuererhöhung würde Anlaß zu Austritten geben, die an sich schon erschreckend groß seien. Deshalb habe man keinesfalls über 14 Prozent hinausgehen wollen angesichts von 11 Prozent bei den Evangelischen und 12½ Prozent bei den Katholischen. Eine Herabsetzung käme aber überhaupt nicht in Frage. R.-A. Dr. Wolff sieht in der verspäteten Wahl der Ausschußmitglieder keinen Grund der verspäteten Vorlage des Etats, da die neu vorgeschlagenen Mitglieder mit beratender Stimme zugezogen werden sollten. Die Schätzung eines Rückganges von 15 Prozent sei zwar sehr niedrig, man sollte aber die kommenden Dinge optimistisch beurteilen. Für eine Kopfsteuer könne er sich nicht erwärmen, die bekanntlich die ungerechteste Steuer sei, dagegen sei die Einführung eines Zuschlages zur Vermögenssteuer sehr zu erwägen; denn man müsse die Steuern auf die kräftigsten Schultern legen. Ueber den Ertrag könne er keine Angaben machen, da er diese Vorschläge ex tempore mache. Verwaltungsdirektor Dr. Rechnitz hält den angenommenen Steuerrückgang von nur 15 Prozent auch für optimistisch. Dasselbe sei bei dem im Vorjahre angenommenen Rückgang von nur 12½ Prozent der Fall gewesen und dennoch hätten die Steuern den angesetzten Betrag erbracht bis auf etwa 30 000 Mk. Er hoffe, daß die Wirtschaftslage sich bald heben und dadurch ein größerer Teil der Rückstände noch eingehen werde. Die Kopfsteuer habe Herr R.-A. Dr. Wolff bereits als die ungerechteste Steuer richtig charakterisiert, dazu käme, daß nach dem Beschluß des Evgl. Oberkirchenrates die Regierung eine Staffelung nur bis zum Höchstbetrage von 10 Mk. zulassen dürfte, was die Steuer für Großstädte unlohnend mache. Der Zuschlag zur Vermögenssteuer werde von den Religionsgesellschaften dauernd im Auge behalten. Er selbst habe im Auftrage aller Religionsgesellschaften bereits vor einem Jahre sehr eingehend mit dem Landesfinanzamt verhandelt, das trotz aller technischen Schwierigkeiten der Einführung wohlwollend gegenübersteht. Da aber nach gesetzlicher Vorschrift der Zuschlag zur Vermögenssteuer auf die von der Einkommensteuer berechnete Kirchensteuer anzurechnen ist, sei damals für alle Kirchengemeinden der Gesamtertrag auf nur 80 000 Mk. geschätzt worden, was die Einführung bei den großen Erhebungskosten unlohnend mache; dazu kam, daß als Unterlage nur das Vermögen vom 1. Januar 1928 zur Verfügung stand. Im Herbst d. Js. dagegen soll die neue Vermögensfestsetzung zum Stande am 1. Januar 1931 stattfinden, wobei gleichzeitig die Arbeiten für den Zuschlag zur Vermögenssteuer erledigt werden können. Dies und der Umstand, daß eine Reihe vermögender Gemeindemitglieder als Einkommensteuerzahler fortgefallen seien, ergebe vielleicht jetzt eine andere Schätzung des Ertrages. — Gen.-Konsul Smoschewer, als Vorsitzender der Etatskommission, berichtet, daß nach den vorgeschlagenen Kürzungen der Fehlbetrag auf 145 000 Mk. gesenkt werde. Die Etatskommission könne nicht über jeden Posten beraten, sondern müsse Ersparnisse im großen erwägen. Der größte Teil der Ausgaben, z. B. die Gehälter, seien aber zwangsläufig. — Herr Gins wiederholt in seinem Schlußwort die Bitte, rechtzeitig der Gemeindevertretung die Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages zu unterbreiten. Auch bei 145 000 Mk. Fehlbetrag würde der Eingriff in die Substanz noch erheblich sein. Ein Verkauf der Grundstücke, wie R.-A. Jacobsohn empfehle, sei bei der jetzigen Marktlage ungünstig und eine Aufnahme von Darlehen oder Hypotheken trotz der Zinsen vermutlich wirtschaftlicher.

Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Vorstandsantrages, 14 Prozent Steuern zu erheben, sowie die Annahme des Antrages Jacobsohn, eine Sparkommission einzusetzen.

R.-A. Tarnowski berichtet hierauf über die Vorlage des Vorstandes, den zur Regulierung der Lohestraße erforderlichen Geländestreifen von 80 Quadratmeter zum Preise von 5 Mk. je Quadratmeter an die Stadt Breslau aufzulassen. Die Schwierigkeit lag nicht in der Abtretung des Straßenlandes, zu der die Gemeinde verpflichtet sei, und an der Entschädigung, sondern vielmehr in der Reinigungspflicht an der ganzen Friedhofsfront Lohestraße. Hierüber haben sehr langwierige Verhandlungen zwischen Vorstand und Magistrat stattgefunden, die aber angesichts der statutarischen Bestimmungen keinen Erfolg gehabt hätten. Der Magistrat habe

dabei betont, daß er ohnehin schon 70 000 Mk. Anliegerkosten bei der Synagogen-Gemeinde verliere, weil diese erst bei einer Bebauung zu zahlen seien, und der jüdische Friedhof niemals bebaut werde. Die Vorlage wurde ohne Aussprache angenommen.

Ueber den Verwaltungsbericht referierte der Vorsitzende J.-R. Peiser. Die nachstehenden Mitteilungen werden ohne Aussprache zur Kenntnis genommen oder genehmigt, nämlich die Aufstellung der abgelehnten Anträge von Vereinen um Beihilfen, über die neue Verteilung der Dienstwohnungen, über Vermietungen im Omnibusdepot Steinstraße 61/63, über die Bewilligung einer Pesachbeihilfe an die Leichenwärter, über die Annahme des Lisser'schen Grabpflegelegates und über das Bauvorhaben der Oestreicher-Stiftung. Ueber die Sternberg'sche Erbschaft besagt der Bericht, daß die behördliche Genehmigung zur Annahme der Erbschaft im Januar eingegangen sei, und der Nachlaß der Gemeinde am 28. Januar übergeben worden sei. Die Gemeinde habe aus den verfügbaren Mitteln die Legate und Abfindungen bis zu 1000 Mk. bereits ausgezahlt. Die weiteren Legate sollen nach Verkauf des Nachlaßgrundstückes Clausewitzstr. 11 gezahlt werden. Ob die Gemeinde aus der Erbschaft überhaupt etwas übrigbehalten werde, sei noch ungewiß. Eine längere Aussprache schloß sich nur an die Bekanntgabe an, daß der Vorstand den zurückverwiesenen Antrag auf Ueberlassung von Räumen an die Jüdische Schule abermals abgelehnt habe. R.-A. Jacobsohn bedauert diesen Entschluß des Vorstandes, nachdem durch die Rückverweisung die Gemeindevertretung doch wohl deutlich genug zum Ausdruck gebracht habe, daß der Antrag wohlwollend beurteilt werden solle. Es sei heute sehr viel über die wirtschaftliche Not geklagt worden, deshalb hätte der Vorstand die Mietsausgabe dem Jüdischen Schulverein und somit einer großen Anzahl von Gemeindemitgliedern ersparen sollen. Das Bedenken des Vorstandes, daß die Ueberlassung zeitlich unbegrenzt sei, wolle er durch den Antrag beheben, die Räume zunächst auf ein Jahr zu überlassen. — Geh.-Rat Goldfeld erinnert daran, daß die Sache bereits eingehend beraten worden sei. Durch immer neue Anträge neue Beratungen herbeizuführen, sei zwecklos. R.-A. Spitz ist der Ansicht, daß R.-A. Jacobsohn aus dem Beschluß der Rückverweisung mehr herausgelesen habe, als gemeint gewesen sei. Er betont noch einmal die sachlichen Bedenken bei den Räumen Anger 8 mit Rücksicht auf den dort herrschenden Verkehr und bei den Räumen Wallstraße wegen der damit verbundenen Störung. — R.-A. Jacobsohn reicht einen neuen Antrag dahingehend ein, daß die Versammlung die Ueberlassung von Räumen wünsche, nachdem der Antrag auf Rückverweisung nicht deutlich genug gewesen sei und beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag. Der Antrag wird mit 12 gegen 11 Stimmen angenommen. — Der Haushaltsplan der M. S. Leipziger Stiftung wird auf den Vortrag von Dr. Gluskinos genehmigend zur Kenntnis genommen.

Vor Beginn der Geheimen Sitzung beantragt R.-A. Foerder die Wahl der Ausschüsse in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, genau so wie die Wahl des Vorstandes. R.-A. Spitz widerspricht dem Antrag mit Rücksicht auf die bisherige Ueblichkeit und auf die zur Wahl stehenden Persönlichkeiten, deren Eignung zu erörtern sein wird. Die Verweisung in die geheime Sitzung wird beschlossen, und die einzelnen Ausschußmitglieder werden nach sehr langer und teilweise bewegter Aussprache gewählt. Die Wahlen bedürfen noch der Zustimmung durch den Vorstand.

Die jüdische Bevölkerung Breslaus

Von Herbert Philippsthal, Berlin. (Fortsetzung)

Vor dem Kriege wurden von allen, die sich mit der jüdischen Mortalität befaßten, die sehr günstigen Sterblichkeitsverhältnisse betont. Theilhaber wies nach, daß die jüdische Sterblichkeit durchweg in allen Ländern, zu allen Zeiten und in allen Verhältnissen bedeutend geringer als die der Nichtjuden ist.

Das Bild der jüdischen Mortalität zeigt gerade die der Natalität entgegengesetzte Entwicklung. Die Geburtenzahl nimmt ständig und unaufhörlich ab, die Sterblichkeit nimmt ständig und unaufhörlich zu. Als Folge der Ueberalterung der jüdischen Bevölkerung, die wir auch für die Nachkriegszeit aus der untenstehenden Aufstellung zu ersehen vermögen:

Altersgliederung der Breslauer Bevölkerung, 1925

Altersgruppen	Gesamtbevölkerung (Vom Hundert der männl., weibl. u. d. gesamt. Wohnbevölkerung)			Juden		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
unter 5	8,38	6,65	7,42	7,12	6,25	6,69
5—10	6,60	5,10	5,78	4,47	3,69	4,09
10—15	9,63	7,89	8,67	6,79	5,51	6,15
15—20	10,00	9,47	9,72	7,78	7,10	7,44
20—25	9'96	9,62	9,78	8,99	7,55	8,27
25—30	8,86	9,34	9,12	9,23	8,64	8,93
30—35	7,83	8,80	8,36	7,91	8,27	8,09
35—40	7,36	8,02	7,72	7,65	7,58	7,62
40—45	6,93	7,14	7,05	7,39	7,32	7,36
45—50	7,00	7,01	7,00	7,49	7,77	7,63
50—60	10,36	10,66	10,52	12,86	13,69	13,25
60—70	5,21	6,80	6,08	8,25	10,61	9,43
70—80	1,64	2,96	2,37	3,45	4,91	4,18
80—90	0,22	0,53	0,39	0,57	1,05	0,81
90—100	0,01	0,02	0,02	0,05	0,06	0,06

Vom 40. Jahr an sind die Juden in den Altersgruppen stärker vertreten als die Gesamtbevölkerung und dies erstreckt sich bis auf die höchsten Altersgruppen, wie man an den Verhältniszahlen feststellen kann. Unter 5 Jahren liegt der prozentuale Anteil der Juden unter dem der Gesamtheit, woraus man ersieht, daß die Geburtenzahl der jüdischen Ehen kleiner ist als die der übrigen. Ein Umschwung tritt erst in den vierziger Jahren ein, was im Zusammenhang mit der früheren günstigen Sterblichkeit steht, worüber oben gesprochen wurde. Vom Familienstand dürfte interessieren, daß in Breslau im Jahre 1925 10771 ledige und 9949 verheiratete Juden lebten. Hiernach waren bei den Juden 46 Prozent ledig und 43 Prozent verheiratet, bei der Gesamtbevölkerung beliefen sich die Zahlen auf 51 und 40 Prozent.

Daß die jüdischen Männer mit 46 Prozent, die jüdischen Frauen mit nur 40 Prozent an den Ehen beteiligt sind, ergibt sich aus der hohen Anzahl Mischehen mit stärkerer Beteiligung des jüdischen männlichen Geschlechts. Die jüdische Frau wird also in erster Linie von der Entwickelung der Mischehe betroffen. Wer die Mischehe bekämpft, unterstützt die jüdische Frau.

Ehen und Mischehen 1880—1929.

Durchschnitt	jüdische Ehen	Mischehen			Ehen überhaupt
		M. j.	Fr. j.	zus.	
1880—1884	121	8	6	14	2539
1885—1889	117	6	6	12	2886
1890—1894	145	6	8	14	3241
1895—1899	152	12	9	21	3709
1900—1904	142	9	9	18	3804
1905—1909	138	13	13	26	4067
1910	136	15	24	39	4125
1911	136	9	14	23	4522
1912	128	13	20	33	4389
1913	105	20	11	31	4221
1914	114	43	20	63	4692
1915	—	—	—	—	3538
1916	61	23	6	29	3219
1917	54	9	24	33	3282
1918	97	21	13	34	3437
1919	240	49	37	86	6384
1920	282	28	46	74	6917
1921	247	43	21	64	6031
1922	238	38	21	59	5942
1923	213	53	24	77	5181
1924	164	42	27	69	3949
1925	125	32	13	45	4168
1926	107	29	12	41	3960
1927	124	35	13	48	4524
1928	153	41	20	61	—
1929	128	36	26	62	—

Mombert sagt in seinem kleinen Büchlein „Bevölkerungspolitik nach dem Kriege" die Häufigkeit der Heiraten, sowie die Entwickelung und Höhe des Heiratsalters habe einen wesentlichen Einfluß auf die Zahl der Geburten und wer diese steigern wolle, bezw. ihre Abnahme bekämpfe, müsse folge-

richtig bei der Frage der Eheschließungen einsetzen. Diese Ansicht mag vielleicht vor dem Kriege eine gewisse Berechtigung gehabt haben. Heute trifft sie zweifellos nicht mehr zu. Die Geburtenzahl wird allein von dem Willen der Heiratenden abhängig gemacht, anderenfalls wäre es nicht möglich, daß bei den Juden trotz ziemlich gleichbleibender Eheschließungen eine viel geringere Geburtenzahl beim Vergleich der letzten 50 Jahre festgestellt werden muß. Bei der Gesamtbevölkerung zeigt die Kurve der Ehen sogar eine starke Zunahme, dennoch ist die Geburtenzahl absolut und relativ zurückgegangen. Bei den Juden können die Ehen auch nur absolut als in gleicher Höhe angesehen werden, relativ sind sie hingegen stark gefallen. Denn im Jahre 1880 wurden bei einer jüdischen Bevölkerung von 17 445 Seelen 108 rein jüdische Ehen gezählt (6,1‰), im Jahre 1925 bei einer Bevölkerung von 23 240 125 Ehen (5,4‰). Die Mischehen sind, aber in jeder Hinsicht, absolut und relativ betrachtet, stark angestiegen. Von 13 in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis auf 62 im Jahre 1929. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie noch weniger fruchtbar sind als die rein jüdischen Ehen und ferner, daß die Kinder, die ihnen entsprießen, überwiegend dem Christentum zugeführt werden.

(Fortsetzung folgt)

Die Friedhofsschändung in Trebnitz i. Schles.

hat durch Verurteilung der angeklagten Nationalsozialisten, des achtzehnjährigen Konditorgehilfen Gerhard Weiß zu drei Monaten Gefängnis und des sechzehnjährigen Kaufmannslehrlings Kurt Schreiber zu zwei Monaten Gefängnis, seine Sühne gefunden. Bemerkenswert waren die Ausführungen von R.-A. Foerder, Breslau, der als Nebenkläger zugelassene Synagogengemeinde Trebnitz vertrat, und von J.-R. Peiser, Breslau, der als Geschädigter des Grabes seiner Mutter und für einen anderen Geschädigten auftrat. Die C.-V.-Zeitung bringt in der Nummer vom 24. April 1931 hierüber einen ausführlichen Bericht.

Wir brachten in der Januar-Nummer 1931 des Gemeindeblattes einen Brief des Ev. Oberkirchenrates vom 16. Dezember 1930 zum Abdruck, den Herr Michael Fraenkel, Breslau, auf seine Vorstellungen wegen der Friedhofsschändungen erhalten hat. In diesem beklagte der Ev. Oberkirchenrat diese Schändungen aufs tiefste und stellte in Aussicht, diese Vorgänge in einer demnächst stattfindenden Besprechung mit den Führern der Kirchenprovinzen zur Sprache zu bringen. In Verfolg dieses Schreibens hat Herr Michael Fraenkel nunmehr die nachstehende Mitteilung erhalten:

Evangelischer Oberkirchenrat.
E. O. I 6711. Berlin-Charlottenburg, 30. März 1931.
Zebenstraße 5.

Auf das an den Herrn Präsidenten unseres Kollegiums gerichtete und an uns abgegebene Schreiben vom 23. März d. J.

Entsprechend unserem letzten Schreiben vom 16. Dezember 1930 haben wir die bedauerlichen Vorgänge in einer mit den Herren Generalsuperintendenten und Konsistorialpräsidenten im Februar d. J. abgehaltenen Konferenz zur Sprache gebracht. Wir dürfen vertrauen, daß auch von diesen Stellen alles Gewiesene geschehen wird, um nach Möglichkeit die beklagten Friedhofsschändungen zu verhindern.

Wegen der in Ihrem Schreiben erwähnten letzten Vorfälle in Schrießheim haben wir Abschrift Ihrer Eingabe dem Evangelischen Oberkirchenrat der vereinigten evangelisch-protestantischen Landeskirchen Badens in Karlsruhe zugehen lassen.

An Herrn Michael Fraenkel
in Breslau.

Für den Präsidenten
gez.: Hundt.

Eine Massenkundgebung

mit dem Thema: „Nationalsozialismus, Judentum und Vaterland" veranstaltete am 9. Mai 1931 die Ortsgruppe Breslau des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im großen Saale des Konzerthauses. Die Spitzen der Behörden und eine große Anzahl geladener Persönlichkeiten aus der Beamtenschaft sowie eine ungeheure Menge Gemeindemitglieder waren erschienen. Hunderten konnte auf polizeiliche Anordnung kein Einlaß mehr gewährt werden. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Rechtsanwalt Dr. Tarnowski, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß der Centralverein nur abwehren nicht angreifen wolle, aber die Auswüchse der Angriffe gegen uns Juden und die Schändung der jüdischen Friedhöfe, die das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt herabsetzen, können wir nicht ruhig hinnehmen. — Als erster Redner sprach Polizei-Vizepräsident Dr. Weiß, Berlin, über den Nationalsozialismus, insbesondere über die politische Seite. Er erinnerte daran, daß Fürstbischof Bertram den Nationalsozialismus als ein Wahngebilde bezeichnet habe. Wenn Politik die Kunst sei, das Mögliche zu erreichen, so sei die Politik der Nazi die Kunst, das Unmögliche zu versprechen. Der „Erfolg" bei der Reichstagswahl sei lediglich ein Abbild des kranken Wirtschaftslebens. Abgesehen davon, sei der Erfolg zurückzuführen auf die Organisation, die Propaganda und die Disziplin der Nationalsozialistischen Partei. Hiervon könnten alle Parteien lernen bis auf die Propaganda, die bei den Nazis nach den eigenen Zugeständnissen ohne Skrupel geführt wird. Redner bespricht die Parteiorganisation, über die er reichlich Erfahrung besitzt. Die Disziplin der Partei sei beispiellos, werde aber ihren Untergang herbeiführen, wenn auch nicht heute und in den nächsten Wochen; denn schließlich kann eine Partei in dem aufgeklärten Deutschland nicht auf Kadavergehorsam, sondern nur auf einer sittlichen Idee aufgebaut werden. An dieser fehlt es bei dem Nationalsozialismus ebenso wie an Köpfen. Theorie und Praxis des Parteiprogramms sei grundverschieden. Darin stehe der Satz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Er selbst wolle in dieser Beziehung kein Werturteil abgeben, sondern lasse die Nazis selbst sprechen. Hitler hat vor Gericht ausgesagt, der S.-A.-Führer Stennes habe sich jeden Gang gut bezahlen lassen. Stennes wirft Hitler vor, daß er sich in seinem braunen Hause in München einen fürstlichen Palast eingerichtet und auf Kosten der notleidenden S.-A.-Leute in Wohlleben schwelge. Der Nazi-Gruppenführer in Neu-Stettin habe für 1500 Mark sich den Polen als Spion angeboten. So sieht in der Praxis der Grundsatz vom Gemeinnutz aus. Mit aller Macht wehren wir uns gegen den Parteigrundsatz, daß wir Juden nicht Volksgenossen sein können. Das deutsche Volk werde mit dem Nationalsozialismus fertig werden, und ebenso wir Juden, die wir schon schlimmeres im Laufe der Jahrtausende überwunden haben, mit dem Antisemitismus. — Ministerialdirektor Dr. Spiecker, der Zentrumsabgeordnete und frühere Reichspressechef, betont, daß die Gottesgläubigen stets die besten Staatsbürger gewesen seien und nicht die Gottlosen. Er erinnert weiter an seine Tätigkeit vor zehn Jahren als Abstimmungskommissar in Oberschlesien. Damals gab es keinen Streit der Stände und Konfessionen. Kein Jude sei damals dem deutschen Vaterlande untreu geworden. Um so schmerzlicher sei die Ueberheblichkeit, mit der bestimmte Gruppen sich allein als national und die anderen als unzuverlässig ansehen und sie sogar in Gleiwitz an der Abstimmungsfeier nicht haben teilnehmen lassen. Die Katholiken wüßten am besten die Empfindungen der Juden zu beurteilen, da sie selbst jahrzehntelang den Vorwurf haben hinnehmen müssen, national unzuverlässig und von einer außerdeutschen Macht abhängig zu sein. Er erörterte in formvollendeter tiefgründiger Darlegung die Gründe für die politischen Gärungen der Jetztzeit mit dem Ueberfluß an Produktion auf der einen Seite und Hunger und Not auf der anderen. Bewundernswert sei das deutsche Volk, das die Schrecknisse des Krieges, die Not der Inflation und die Erschütterung der Deflation ertragen habe und doch seinen Feinden von gestern die Hand zur Versöhnung biete. Die erbitterten und enttäuschten Menschen verfallen leider den hochtrabenden Phrasen und Illusionen. Durch Ruhe und Festigkeit wird die Regierung das von Fiebern geschüttelte Volk zum besseren Ende führen. Der Radikalismus ist die Ueberstürzung an sich gesunder Ideen. Diese müssen von Volk und Regierung in ruhige Bahnen der Fortentwicklung gelenkt werden.

Als letzter sprach der Syndikus des C.-V. Dr. Alfred Wiener schmerzlich bewegt als alter Frontsoldat, der 4½ Jahre im Felde gestanden hat, über die moralische Vergiftung und Parteizersplitterung Deutschlands. Damals im Felde habe man so etwas nicht gekannt. Auf einmal sei der Kamerad nicht mehr Kamerad, der Volksgenosse nicht mehr Volksgenosse. Die maßlose Hetze, die in der Nazi-Presse gegen die Juden getrieben werde, gehe nicht diese allein an, sondern das deutsche Volk. Mit der Abwehr führe der C.-V. nicht bloß die Sache der Juden, sondern des deutschen Vaterlandes, dessen hohes Ansehen in der Welt so furchtbar durch den Antisemitismus gelitten habe. Die Juden seien jederzeit mit Gut und Blut für ihr deutsches Vaterland eingetreten. 12 000 Juden haben ihr Leben im Weltkriege gelassen. Die deutsche Wissenschaft sei ohne den Anteil der deutschen Juden nicht denkbar. Einstein habe aber recht, wenn er sagt: „Ist meine Lehre richtig, so ist es eine deutsche Errungenschaft, ist sie falsch, so ist es eine jüdische Sache." Die überschwenglichen Worte, mit denen die gewiß nicht judenfreundliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" den Goetheforscher Gundolf rühme als den Schöpfer einer deutschen Geistestat, enthalten nichts davon, daß er Jude sei. Die Erzählung von den kühnen Reisen des Afrikaforschers Emin Pascha, die in allen Lesebüchern die deutsche Jugend begeistert, verschweigt, daß er der jüdische Arzt Dr. Schnitzer aus Neisse gewesen ist, und viele der schönen Lieder, die Deutschlands Jugend und Studenten so gerne singen, stammen von dem Lehrer Jakob Löwenberg aus Hamburg. Helene Meier mit den blonden Zöpfen, die Weltmeisterin im Fechten, werde als germanischer Urtyp gefeiert, wenn sie auch die Tochter unseres C.-V.-Mitgliedes San.-Rat Dr. Meier aus Offenbach ist. Aber wenn der kleine Bankier Cohn eine Unterschlagung begeht, dann sind alle Juden Betrüger. Wir Juden wollen unsere Religion, unsere Geschichte und unsere Tradition bewahren und hoch halten, deswegen bleiben wir Deutsche, weil wir eben Deutsche sind. (Stürmischer Beifall.) Redner schloß mit dem Vortrag der dritten Strophe des Deutschlandliedes mit dem Hinweis, daß Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland notwendig seien, und mit dem hebräischen Psalmwort, dem Frieden, dem inneren Frieden, nachzujagen. R.

Die Jahresversammlung des Hilfsvereins der Deutschen Juden

am 19. April 1931.

Die diesjährige Generalversammlung des Hilfsvereins der Deutschen Juden, die am Sonntag, den 19. April, unter dem Vorsitz von Dr. James Simon im Hotel „Kaiserhof" zu Berlin stattfand, nahm als 30. Jahres-

versammlung des Vereins einen imposanten Verlauf. Unter den Anwesenden bemerkte man neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern des Vereins aus Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Königsberg, Leipzig, Nürnberg, Potsdam, Swinemünde, Stettin, Wiesbaden und anderen Städten eine Reihe führender Persönlichkeiten des deutschen Judentums. Die Jewish Colonization Association hatte ihren Generaldirektor Louis Oungre zur Versammlung entsandt. Das Auswärtige Amt war durch die Legationsräte Dr. T. Böhme und Prof. Dr. M. Sobernheim vertreten.

In den auf der Tagung gehaltenen Referaten wurde ein anschauliches Bild des 30jährigen Wirkens des Hilfsvereins entrollt, wobei bemerkenswerte Schlaglichter auf die politischen Verhältnisse und die Lage der jüdischen Bevölkerung in den ostpreußischen Ländern, insbesondere in Rußland, Polen, Litauen und Rumänien fielen. Die innige Zusammenarbeit des Hilfsvereins mit anderen großen jüdischen Organisationen, insbesondere mit der Jewish Colonization Association auf dem Gebiete der Auswandererhilfe, kam vor allem in den Ansprachen Dr. James Simons und Dr. Mark Wischnitzers zum Ausdruck.

In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Vorsitzende, Dr. James Simon, daß sich die Lage der Juden, besonders in den östlichen Ländern, dauernd verschlechtere und eine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse nicht bestehe. Im Hinblick auf die jüdische Not im Osten gewinne die Arbeit des Hilfsvereins besondere Bedeutung. Die Anerkennung, die seinem Wirken in der Oeffentlichkeit zuteil wurde, finde in der von keiner anderen jüdischen Organisation erreichten Zunahme an Mitgliedern ihren Ausdruck. Im Jahre 1930 allein wurden 44 neue Gruppen in Deutschland geschaffen. Die regulären Eingänge des Vereins sind um 30% gestiegen. Dies berechtige zu der Hoffnung auf eine immer stärkere Anteilnahme des deutschen Judentums an der Arbeit des Vereins.

Generalsekretär Dr. Mark Wischnitzer erstattete den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1930. Durch die von den überseeischen Immigrationsländern getroffenen Einwanderungsrestriktionen erwuchsen den Emigrantenfürsorge-Organisationen besonders schwierige Aufgaben. Unter der Fürsorge des Hilfsvereins passierten im Jahre 1930 den Schlesischen Bahnhof in Berlin 22 886 Aus- und Rückwanderer, unter diesen 7363 Nichtjuden. Im Büro der Zentrale des Hilfsvereins fanden 1500 Personen Beratung und Hilfe. Durch die Zusammenarbeit mit Hicem (Hias-Ica-Emigdirect) in Paris und seinen Zweigstellen in Europa und Uebersee sowie anderen Organisationen war die Möglichkeit zur Durchführung kombinierter Aktionen gegeben. Für die Emigrantenhilfe wurden 104 000 Mark aufgewendet, wodurch jüdische Gemeinden und Wohlfahrtsanstalten in hohem Maße entlastet wurden. Die schweren Ausschreitungen gegen die Juden in Rumänien im Sommer 1930 veranlaßten das Präsidium des Hilfsvereins, ein Protestschreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Maniu zu richten, in dem der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die rumänische Regierung für die Durchführung der den Juden gesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung und die Verhinderung antisemitischer Agitationen Sorge tragen werde.

Die Kulturarbeit in Rumänien wurde durch Ausstattung der im Jahre 1929 begründeten jüdischen Berufsberatungsstelle in Bukarest mit modernen Apparaten, sowie durch Unterstützung der Bukarester jüdischen Volksuniversität und zahlreicher Elementarschulen und Wohlfahrtsanstalten in Bukarest, Jassy, Galatz, Kischinew und Czernowitz fortgesetzt. Die Zahl der Schüler in den vom Hilfsverein subventionierten Anstalten beträgt über 3000.

Durch eine besondere Aktion wurden beträchtliche Mittel für den Neubau des vor eineinviertel Jahren durch Brand schwer geschädigten jüdischen Kinderhauses in Kowno aufgebracht. In Polen stellte der Hilfsverein 60 000 Mark für fünf Sommerferienkolonien, sowie Mittel für das Kindersanatorium in Miedzeszyn, das Kriegswaisenhaus in Bialystok und die Tachkemoni-Schule in Wilna zur Verfügung.

In den jüdischen landwirtschaftlichen Siedlungen in Rußland wurden 1930 bzw. Anfang 1931 zwei Ambulatorien erbaut. Das eine liegt in Krassinsk, dem Mittelpunkt der jüdischen Siedlungen im Bezirk Nikopol, das zweite, das den Namen Dr. Paul Nathans trägt, im Rayon Dschurtschinsk in der Krim, ein drittes Ambulatorium wird demnächst eröffnet. Für den Bau der Ambulatorien und die medizinische Einrichtung wurden bisher 80 638 Mark aufgewandt.

Für die hebräische Universität in Jerusalem wurden zur Einführung eines deutschen Sprachkursus und das Misrachi-Lehrerinnenseminar für deutschen Sprachunterricht Mittel bewilligt.

Schließlich wurden rund 30 000 Mark dem Fürsorgewerk für die Ukraine-Waisen, die seit 1922 unter der Obhut des Hilfsvereins stehen, und für notleidende jüdische Studierende aus dem Ausland, die deutsche Anstalten besuchen, zugeführt.

Redner betonte den überparteilichen Charakter der Organisation, wodurch es sich erklärt, daß die Sympathien für den Hilfsverein in den weitesten Kreisen der deutschen Judenheit dauernd wachsen. Der Hilfsverein steht über den Parteien, er arbeitet nicht gegen die eine oder andere Partei, er ist kein störendes Element, sondern er wirkt in seiner sachlichen Arbeit ausgleichend, aufbauend.

Dr. Sigmund Wassermann erstattete den Finanzbericht, aus dem hervorgeht, daß im Jahre 1930 vom Hilfsverein insgesamt 278 500 Mark aufgewandt wurden. Für das Studenten- und Ukrainewaisenhilfswerk wurden bisher im ganzen 353 000 Mark ausgegeben.

Hierauf gab Herr Dr. Bernhard Kahn, europäischer Direktor des American Joint Distribution Committee und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Hilfsvereins der Deutschen Juden einen geschichtlichen Ueberblick über das Werk des Hilfsvereins in den 30 Jahren des Bestehens. Er hob hervor, daß der Hilfsverein von Anfang an sich produktiven und konstruktiven Arbeiten, der Gründung von Vorschußkassen, der Einführung von Hausindustrien, der Zuführung der jüdischen Jugend des Ostens und Orients zu produktiven Berufen widmete. Von allergrößter Bedeutung wurden die Leistungen des Hilfsvereins während des Krieges. Sie haben in der Geschichte der neueren jüdischen humanitären Tätigkeit nur noch ein größeres Beispiel, nämlich die Arbeiten der amerikanischen Judenheit während des Krieges und nach dem Friedensschluß. Dr. Kahn gab ein Bild von der Arbeit des Hilfsvereins auf dem Gebiete des allgemeinen Hilfswerks, der Auswandererfürsorge und des Kulturwerks. Er führte zum Schluß aus:

In den 30 Jahren der Tätigkeit des Hilfsvereins wurden vom Verein nahe an 50 Millionen Mark aufgewendet. Ihm waren auch ausländische Gelder zur Verwaltung und zur Verwendung anvertraut. Der größte Teil der Ausgaben entfiel natürlich auf die Hilfeleistungen für die durch Katastrophen und die Kriegsnot Betroffenen. Ueber 41 Millionen wurden für diese Hilfeleistungen ausgegeben, auf die Auswanderung entfielen zirka 3½ Millionen Mark und auf das Schul- und Erziehungswerk über 4 Millionen Mark. Für 50 Millionen Mark wurde Arbeit geleistet, für 50 Millionen Mark Hilfe gespendet. Die Größe dieser Summe, über die der Hilfsverein verfügen konnte, zeugt von dem Vertrauen, das ihm von der deutschen Judenheit und der Gesamtjudenheit entgegengebracht worden ist. Der Verein wird dieses Vertrauen auch in Zukunft rechtfertigen, indem er trotz allen Widrigkeiten festbleiben wird in seinem Bekenntnis zur brüderlichen jüdischen Solidarität auf dem Gebiete humanitären Wirkens.

In dieser unsagbar schweren Zeit für die jüdischen Massen ist die deutsche Judenheit selbst durch die Kriegsfolgen geschwächt, ihre Leistungsfähigkeit ist herabgedrückt und schwere Bedrohungen schrecken sie in der letzten Zeit. Doch das kann und wird sie nicht abhalten, in Reih und Glied mit den Juden anderer Länder ihre jüdische Schuldigkeit auch in der Zukunft zu erfüllen. Dazu ruft der Hilfsverein die deutschen Juden heute in seinem 30. Gründungsjahr wieder auf, wie im ersten Jahre.

Hierauf hielt Herr Max M. Warburg, Hamburg, eine Ansprache. Er führte u. a. aus:

Der Hilfsverein der Deutschen Juden ist von Dr. James Simon mitbegründet worden, von ihm und vielen anderen verdienstvollen Männern, von denen Herrn Generalkonsul Eugen Landau heute hier zu sehen, allen eine große Freude ist. Dr. James Simon hat zusammen mit dem unvergeßlichen Dr. Paul Nathan dem Hilfsverein das Gepräge gegeben. Für den deutschen Juden gilt nicht die Frage: ob er deutsche Not oder jüdische Not lindern soll, der deutsche Jude muß beides leisten.

Die deutschen Juden haben den Glaubensgenossen in den anderen Ländern manches zu vermitteln, was ihnen Deutschland gab, vor allem bewährte deutsche Methoden in der sozialen Fürsorge, in Bildungs-, insbesondere Schulfragen.

Auch das Palästinawerk steht nicht im Widerspruch zu ihren treuesten Empfindungen für ihr Vaterland. Unbeschadet ihres Deutschtums können sie für eine Stätte im Heiligen Lande wirken.

Herr Warburg richtete alsdann herzliche Worte an Dr. James Simon persönlich:

Sie, hochverehrter, lieber Herr Dr. Simon, sind uns immer ein Beispiel dafür gewesen, wie Wohltätigkeit richtig geübt werden soll, und werden uns immer ein Beispiel hierfür bleiben. Unabhängig von der Gunst oder Ungunst der Zeiten, der politischen oder wirtschaftlichen Lage unseres Vaterlandes, unabhängig von den eigenen Sorgen, sind Sie Ihrem hohen Lebensziel, Gutes und Schönes zu fördern, treu geblieben, in sich so gefestigt, daß kein Sturm Sie erschüttern konnte, mit ganzem Herzen und mit ganzer Seele: b'chol l'wowchoh u'wchol nafschechoh Ihren Idealen zu dienen. Eines Ihrer Herzenskinder zu unserem und vieler Menschen Glück war und ist: der Hilfsverein der Deutschen Juden.

Freunde von Ihnen wollen Ihnen daher in dankbarer Erinnerung an Ihre 30jährige Tätigkeit anläßlich Ihres 80jährigen Geburtstages Gelder für eine „Dr. James Simon-Stiftung" überreichen, die in erster Linie für Schulwerke bestimmt sein sollen. Die Verwendung der Gelder soll dem Vorstand des Hilfsvereins der Deutschen Juden überlassen bleiben.

Wir alle haben ein Recht und eine Pflicht, da weiterzuarbeiten, wo Dr. James Simon mit Freunden vor 30 Jahren begonnen hat, damit der Hilfsverein der Deutschen Juden nach schweren Zeiten alten Zielen mit neuer Kraft erfolgreich zustreben kann.

Zum Schluß sprach Herr Justizrat Dr. Julius Blau, Frankfurt am Main, über die enge und fruchtbare Zusammenarbeit des Hilfsvereins mit dem „Hilfskomitee für die notleidenden osteuropäischen Juden" in Frankfurt a. M. und der Jewish Colonization Association.

Den 80. Geburtstag

feiert am 23. Mai 1931 Frau Fanny Wolf bei ihren Kindern Manuel und Siddy Schneider, Palmstraße 1.

Bibliothek der Synagogen-Gemeinde

Neuanschaffungen im März und April 1931.

Cohen, Herm.: Ein Bekenntnis in der Judenfrage. Berlin 1880. 3608, 17

Deutschlaender, Leo: Goethe und das Alte Testament. Frankf. a. M. 1923. 7695

Ehrenburg, Jlja: Visum der Zeit. Leipzig 1929. 7693

Jeremias, Alfred: Der Schleier von Sumer bis heute. Leipzig 1931. 3610, 72

Meyer, Ed.: Geschichte des Altertums. 2. Bd., 2. Abt.: Der Orient vom 12. Jahrhundert bis zur Mitte des 8. Jahrhunderts. Stuttgart 1931. 5594, 2, 2

Mommsen, Th.: Auch ein Wort über unser Judentum. Berlin 1880. 3610, 69

Rosenzweig, Franz: Eine Gedenkschrift. Frankf. a. M. 1930. 3610, 70

Septuaginta, Teil 10: Psalmi cum odis. Hrsgb. von A. Rahlfs. Göttingen 1931.

Thomas, Adr.: Die Katrin wird Soldat. Ein Roman aus Elsaß-Lothringen. Berlin 1931. 7694

Amtliche Bekanntmachungen der Synagogengemeinde

Sitzung
der Gemeindevertretung der Synagogen-Gemeinde

Mittwoch, den 20. Mai 1931, 18½ Uhr pünktlich, Sitzungssaal, Wallstraße 9, II.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Beratung des Haushaltsplanes 1931/32.
3. Annahme eines Grabpflegelegates.
4. Annahme eines Grabpflegelegates.
5. Anlegung Mittelreihe, Loheftraße.
6. Verwaltungsbericht.
   Geheime Sitzung.
   3 Vorlagen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung.
Peiser, Justizrat

Bekanntmachung.

Unserer Aufforderung vom 15. Juli 1925 im Gemeindeblatt 1925 Nr. 8, die verrosteten und zerbrochenen Grabgitter auf Friedhof Lohestraße instandzusetzen oder zu entfernen, hat leider nur geringen Erfolg gehabt.

Wir fordern daher nochmals die Verfügungsberechtigten auf, bis 1. Juni 1931 alle Grabgitter auf Friedhof Lohestraße instandzusetzen oder zu entfernen, die eine Gefahr für das Leben der Friedhofsbesucher oder für fremdes Eigentum bilden oder den Verkehr behindern. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird die Friedhofsverwaltung die fraglichen Grabgitter beseitigen. Irgendwelche Ansprüche der Verfügungsberechtigten sind nach diesem Zeitpunkt erloschen.

Breslau, den 22. Dezember 1930.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.
Goldfeld.

Blumenverkauf auf unserem Friedhof Cosel.

Zur Vermeidung von Verwechselungen mit Verkaufsständen vor unserem Friedhof geben wir bekannt, daß der Blumenverkauf aus unserer Friedhofsgärtnerei sich im Verwaltungsgebäude des Friedhofes befindet. Wir verkaufen dort zu billigen Preisen selbstgezogene Blumen und Pflanzen bester Güte, die Gewähr für gutes Fortkommen auf den Gräbern bieten. Wer seinen Bedarf bei uns deckt, nützt der Gemeinde und schafft Arbeit für jüdische Erwerbslose.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.

Unsere Rechtsschutzstelle

hält ihre Sprechstunde jeden Mittwoch um 11½ Uhr im Zimmer 11 des Wohlfahrtsamtes, Wallstraße 7, ab.

Jüd. Wohlfahrtsamt.

Die Dienstgeschäfte des Dajan

hat am 1. Mai 1931 als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Rabb. Dr. Cohn Herr Rabb. Wassermann aus Darmstadt übernommen. Herr Rabb. Wassermann wohnt bis auf weiteres Gartenstraße 10, bei Silberberg.

Sprechstunden (für Schalaus) wie bisher werktäglich 11 bis 12 Uhr im Lokal der Machsike Thora, Wallstraße 5.

Spenden-Liste.

Von nachstehend genannten Herren und Damen bzw. Firmen sind Spenden eingegangen:

Biberfeld, Philipp, Ablösung Jubiläum der Firma Leuchtag	10	RM.
R.-A. Dr. Elbogen	20	"
Dr. Lewinsky	10	"
Leiser, Th.	12	"
Mautner, Apotheker	50	"
Sander, Martha	10	"
Silberstein, Cäcilie	15	"
Ungenannt	20	"
Ungenannt	50	"
Ungenannt	2	"

Neue Kleidungsstücke: Fischer.

Allen Spendern sei an dieser Stelle herzlich gedankt! Durch die Gewährung von Spenden seitens unserer Gemeindemitglieder werden wir in die Lage versetzt, der außerordentlich großen Not in unserer Gemeinde, insbesondere der des verarmten Mittelstandes, in größerem Umfang zu steuern, außerdem auch der Hausbettelei, mit der jetzt wieder ein arger Mißbrauch getrieben wird, einigermaßen Einhalt zu tun.

Der Vorstand der Synagogengemeinde.
Jüd. Wohlfahrtsamt.

Sprechstunden der Herren Rabbiner.

Gemeinde-Rabbiner Dr. Vogelstein, Am Anger 8, Fernspr. Nr. 577 88; Sonntag bis Donnerstag 9½—10½ Uhr.

Gemeinde-Rabbiner Dr. Hoffmann, Wallstraße 9, Fernspr. Nr. 538 19; Montag, Mittwoch 10—11 Uhr, Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 8½—9½ Uhr.

Rabbiner Dr. Sänger, Schweidn. Stadtgraben 8, Fernspr. Nr. 294 81; 9—10 Uhr (außer Montag und Donnerstag).

Rabbiner Dr. Simonsohn, Gutenbergstraße 13, Fernspr. Nr. 352 30; 10—11 Uhr (außer Sonnabend u. Sonntag).

Rabbiner Wassermann (für Schalaus), werktäglich 11—12 Uhr im Lokal d. Machsike Thora, Wallstraße 5.

Sprechzeiten bzw. Wohnungen der Herren Kantoren.

Oberkantor Borin, Kaiser-Wilhelm-Straße 135, Fernspr. Nr. 368 25; nach vorheriger telephonischer Anmeldung (außer Freitag und Sonnabend).

Oberkantor Weiß, Wallstraße 9, Fernspr. Nr. 214 49; 12—15 Uhr (außer Freitag und Sonnabend).

Kantor Wartenberger, Schweidnitzer Stadtgraben 8, Fernspr. Nr. 278 88; Sprechstunden 8—10 und 14 bis 15 Uhr.

Kantor Topper, Wallstraße 5, Fernspr. Nr. 262 93; nachm. 16—18 Uhr.

Hilfskantor Ehrlich (Alte Synagoge), Wallstraße 35, Fernspr. Nr. 589 88; 8—9 und 15—17 Uhr.

Oberaufseher Schüftan (Neue Synagoge), Gößenstraße 19, Fernspr. Nr. 377 14; 8—9 und 15—17 Uhr.

Sprechzeiten im Jüd. Wohlfahrtsamt, Wallstraße 7, I. Fernspr. Nr. 542 69.

Für das Publikum: Werktags (außer Mittwoch und Sonntag) von 10—13 Uhr.

Leiter des Amtes: Bürodirektor Glaser, Werktags (außer Mittwoch und Sonntag) von 10—13 Uhr.

Kinder- und Jugendpflegerin: Werktags (außer Mittwoch und Sonntag) von 10—13 Uhr.

Rechtsschutzstelle: Jeden Donnerstag 10—12 Uhr.
Beratungsstelle für Lungenkranke: Jeden Montag nachmittags 17—18 Uhr, Höfchenstraße 52, I., Hinterhaus part.

Sprechzeiten im Verwaltungsbüro, Wallstraße 9.
Fernspr. Nr. 216 11, 216 12.

Vorsitzender: Geheimrat Goldfeld, Montag bis Freitag 11—12 Uhr.
Verwaltungsdirektor: Dr. Rechnitz, Montag bis Donnerstag 10—12 Uhr.
Grundstücksverwalter: R. Weinstock, Fehrbellinstr. 14. Montag bis Freitag 10—12 Uhr Wallstraße 9. R. Wittenberg, Oranienstraße 30. Montag bis Freitag 12—13 Uhr Wallstraße 9.

Geöffnet:

a) Geflügel-Schlachthalle, Antonienstraße: vormittags 8—10 Uhr und nachmittags 15—16 Uhr ab 1. Oktober.
b) Geflügel-Schlachthalle, Gartenstraße (Markthalle): vormittags 8—12 Uhr.
c) Geflügel-Schlachthalle, Ritterplatz: Donnerstag vormittags 9—12 Uhr.
d) Badeanstalt, Wallstraße 9:
Sonntag bis Donnerstag täglich 18—21 Uhr;
Freitag 18—20 Uhr;
Sonnabend geschlossen.
Das Tauweln von Geschirr etc. findet nur noch Montag bis Donnerstag von 12—13 Uhr mittags statt.
e) Bibliothek und Lesehalle, Anger 8, Erdgeschoß:
Sonntag 9½—13½ Uhr;
Montag und Mittwoch 18—21 Uhr;
Dienstag und Donnerstag 18—21 Uhr;
nur Lesehalle Sonnabend 11—13 Uhr.
f) Gemeindearchiv, Wallstraße 7, Hof links:
Montag bis Donnerstag 16½—18 Uhr.

Bekanntmachung.

Von jetzt ab stehen nur noch folgende Betriebe unter Aufsicht der Gemeinde:

a) die Fleisch- und Wursthandlungen von
Heinrich Grünpeter, Goldene Radegasse 15; die Filiale Grünpeter, Höfchenstraße, für sämtliche Wurstwaren; für Fleisch nur in abgeteilten Stücken, die vorher im Hauptgeschäft bestellt werden müssen;
Heinrich Sachs Nachf., Goldene Radegasse 14; die Filiale Moschkowitz, Viktoriastraße 111 a, für sämtliche Wurstwaren; für Fleisch nur in abgeteilten Stücken, die vorher im Hauptgeschäft bestellt werden müssen.
Adolf Schrimmer, Höfchenstraße 22;

b) die Geflügelhandlungen von
Auguste Weißmann, Goldene Radegasse 27a;
Jacob Silber, Antonienstraße;
Josef Blatt, Markthalle II, Gartenstraße;

c) die Restaurants von
Kirschbaum (Lessingloge), Agnesstraße 5;
Fanny Littmann, Antonienstraße 6;
Willy Kornhäuser, Schweidnitzer Stadtgraben 9;
Schaal, Tauentzienstraße 12;
Paula Friedländer, Privat-Mittagstisch, Museumplatz 4.

Breslau, den 28. Januar 1930.
Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Praktikantinnen

zur Ausbildung in sozialer Fürsorge und allen Teilen der Wohlfahrtspflege können sofort bei uns eintreten.
Jüdisches Wohlfahrtsamt, Wallstraße 7.

Aufforderung für ein städtisches Ehrenamt.

Seitens des Magistrats — Wohlfahrtsamt — werden wir um Benennung von Damen und Herren ersucht, die bereit und in der Lage sind, das Amt eines Wohlfahrtspflegers (in) ehrenamtlich zu übernehmen. Insbesondere ist in dem Wohlfahrtsbezirk 58 ein fühlbarer Mangel an ehrenamtlich tätigen Wohlfahrtspflegern fühlbar.

Dieser Bezirk 58 erstreckt sich in der Hauptsache auf Vorwerkstraße, Forckenbeckstraße, Grünstraße, Palmstraße, Bahnhofstraße, Flurstraße und Fränckelplatz.

Wir erbitten baldigst schriftliche oder fernmündliche Mitteilungen an unser Büro, Wallstraße 7/9, Fernsprecher 542 69, 542 10.

Breslau, im April 1931.

Jüdisches Wohlfahrtsamt.

Kalendarium Mai/Juni.

Wochentg.	Mai	Ijar Siwan	
F.	1.	14.	
S.	2.	15.	אמר פרק ד׳
S.	3.	16.	
M.	4.	17.	תענית שני
D.	5.	18.	לג בעומר
M.	6.	19.	
D.	7.	20.	
F.	8.	21.	
S.	9.	22.	בהר בחקותי פרק ה׳
S.	10.	23.	
M.	11.	24.	
D.	12.	25.	
M.	13.	26.	
D.	14.	27.	
F.	15.	28.	
S.	16.	29.	פרק ו׳ במדבר Neumondweihe
		Siwan	ראש חדש
S.	17.	1.	
M.	18.	2.	
D.	19.	3.	
M.	20.	4.	
D.	21.	5.	ערב שבועות ערב תבשילין
F.	22.	6.	א׳ דשבועות
S.	23.	7.	ב׳ דשבועות רות
S.	24.	8.	אסרו חג
M.	25.	9.	
D.	26.	10.	
M.	27.	11.	
D.	28.	12.	
F.	29.	13.	
S.	30.	14.	נשא פרק א׳
S.	31.	15.	

Wochentg.	Juni	Siwan Tamus	
M.	1.	16.	
D.	2.	17.	
M.	3.	18.	
D.	4.	19.	
F.	5.	20.	
S.	6.	21.	בהעלתך פרק ב׳
S.	7.	22.	
M.	8.	23.	
D.	9.	24.	
M.	10.	25.	
D.	11.	26.	
F.	12.	27.	
S.	13.	28.	שלח־לך Neumondweihe פרק ג׳
S.	14.	29.	
M.	15.	30.	א׳ דר׳ חדש
		Tamus	
D.	16.	1.	ב׳ דר׳ חדש
M.	17.	2.	
D.	18.	3.	
F.	19.	4.	
S.	20.	5.	קרח פרק ד׳
S.	21.	6.	
M.	22.	7.	
D.	23.	8.	
M.	24.	9.	
D	25.	10.	
F.	26.	11.	
S.	27.	12.	חקת בלק פרק ה׳
S.	28.	13.	
M.	29.	14.	
D.	30.	15.	

Bekanntmachung.

Aus der Siegismund Mamelok-Stiftung sollen am 22. September 1931, der Wiederkehr des Todestages des Stifters, Zinsen an bedürftige Mitglieder der Familie des Stifters, des am 22. September 1910 zu Breslau verstorbenen Rentiers Siegismund (Simon) Mamelok, verteilt werden. Meldungen bis 1. Juli an das

Jüdische Wohlfahrtsamt, Breslau, Wallstraße 7/9.

Ordnung des Gottesdienstes in den Gemeinde-Synagogen.

Alte Synagoge.

24.—29. Mai: morgens 6½, abends 19.30 Uhr.
30. Mai: Vorabend 19.30, morgens 6½, 8½, Ansprache 9½, Schluß 20.50 Uhr.
31. Mai bis 5. Juni: morgens 6½, abends 19.30 Uhr.
6. Juni: Vorabend 19.30, morgens 6½, 8½, Schrifterklärung 9½, Schluß 20.58 Uhr.
7.—12. Juni: morgens 6½, abends 19.30 Uhr.
13. Juni: Vorabend 19.30, morgens 6½, 8½, Neumondweihe 9½, Predigt 9¾, Schluß 21.05 Uhr.
14.—19. Juni: morgens 6½, abends 19.30 Uhr.
20. Juni: Vorabend 19.30, morgens 6½, 8½, Ansprache 9½, Schluß 21.08 Uhr.
21.—26. Juni: morgens 6½, abends 19.30 Uhr.

Jugendgottesdienst 16 Uhr.

30. Mai, 13. Juni, 27. Juni.

Sidra: 30. Mai נשא, 6. Juni בהעלתך, 13. Juni שלח לך, 20. Juni קרח, 27. Juni חקת בלק.

Haftarah: 30. Mai ויהי איש אחד, 6. Juni רני ושמחי, 13. Juni וישלח יהושע, 20. Juni ויאמר שמואל, 27. Juni והיה שארית.

Das Lichtzünden muß am Freitag spätestens 5 Minuten vor Beginn des Gottesdienstes erfolgen.

Neue Synagoge.

Gottesdienst am Wochenfeste.

Abendgottesdienst am 21. und 22. Mai, 19.30 Uhr.
Vormittagsgottesdienst am 22. und 23. Mai, 9 Uhr, Predigt 10 Uhr.
Seelengedenkfeier am zweiten Tage (23. Mai) im Anschluß an die Predigt.
Festausgang am 23. Mai, 20.40 Uhr.

Sabbathgottesdienst.

Freitag Abend 19 Uhr.
Sonnabend Vormittag 9 Uhr.
Predigt: Freitag Abend, 19.20 Uhr, am 5. und 19. Juni.
Sonnabend Vormittag 9.45 Uhr am 30. Mai u. 13. Juni.
Neumondweihe am 13. Juni, 9.30 Uhr.
Sabbathausgang am 30. Mai 20.50, am 6. Juni 21, am 13. Juni 21.05, am 20. Juni 21.10 Uhr.

Jugendgottesdienst 16 Uhr.

Am 13. Juni: Neue Synagoge,
am 20. Juni: Krankenhaus.

Gottesdienst an den Wochentagen.

Morgens 7, abends 19 Uhr.

Thoravorlesung.

22. Mai: א׳ של שבועות 1. II. B. M. Kap. 19, V. 1 bis Kap. 20, V. 26.
2. V. B. M. Kap. 16, V. 9—12.
23. Mai: ב׳ של שבועות 1. V. B. M. Kap. 5, V. 1 bis Kap. 6, V. 3.
2. V. B. M. Kap. 4, V. 12—15.
30. Mai: נשא IV. B. M. Kap. 4, V. 21 bis Kap. 5, V. 4.
6. Juni: בהעלתך IV. B. M. Kap. 8, V. 1 bis Kap. 9, V. 14.
13. Juni: שלח לך IV. B. M. Kap. 13, V. 1 bis Kap. 14, V. 10
20. Juni: קרח IV. B. M. Kap. 16, V. 1 bis Kap. 17, V. 8.

Trauungen.

12. 5. 13¾ Uhr Wochentags-Synagoge der Neuen Synagoge: Fräulein Grete Bergmann, Goethestraße 72, mit Herrn Dr. Viktor Löwensohn, Neudorfstraße 49.

24. 5. 12 Uhr Neue Synagoge: Fräulein Käthe Cohn, Kaiser-Wilhelm-Straße 143, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Alfons Budwig, Moritzstraße 17.

24. 5. 13 Uhr Neue Synagoge: Fräulein Gerda Pollack, Reichspräsidentenplatz 11, mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Walter Schüftan, Berlin.

24. 5. 15½ Uhr Neue Synagoge: Fräulein Betty Johanna Neumann, Hohenzollernstraße 77, mit Herrn Heinz Heilborn, Herderstraße 32.

25. 5. 16½ Uhr Neue Synagoge: Fräulein Ilse Ruß, Frankfurter Straße 129, mit Herrn Werner Schönfeld, Augustastraße 15.

Konfirmationen.

Barmizwah Alte Synagoge.

30. 5. Bernhard Perl, Sohn des Herrn Leo Perl, Goethestraße 95.
20. 6. Ernst Danzig, Sohn des Herrn Berthold Danzig und dessen Ehefrau Helene geb. Rosenbaum, Hohenzollernstraße 119/121.
11. 7. Fritz Gotthilf, Sohn des Herrn Moses Gotthilf und dessen Ehefrau Helene geb. Loschinski, Freiburger Straße 42, III.

Barmizwah Neue Synagoge.

16. 5. Karl Aber, Sohn des verst. Herrn Simon Aber und der Frau Rosa geb. Maaß, Antonienstraße 31.
16. 5. Ulrich Peiser, Sohn des Herrn Kurt Peiser und der Frau Alice geb. Meier, Lothringer Straße 9.
6. 6. Helmut Cohn, Sohn des Herrn Theodor Cohn und der Frau Lisbeth geb. Cohn, Charlottenstraße 1.
20. 6. Fritz Wagner, Sohn des Herrn Heinrich Wagner und der Frau Eva geb. Guttmann, Eichendorffstraße 40.
20. 6. Franz Wolffsohn, Sohn des Herrn Jacob Wolffsohn und der Frau Irene geb. Jacob, Eichendorffstraße 61.
27. 6. Hans-Dieter Heimann, Sohn des Herrn Prof. Dr. Fritz Heimann und der Frau Alice geb. Rosenthal, Kaiser-Wilhelm-Straße 69.
27. 6. Heinz Karliner, Sohn des verst. Herrn Emil Karliner und der Frau Elsa geb. Boldes, Tauentzienplatz 8.

Austritte aus dem Judentum

in der Zeit vom 15. März bis 11. April 1931.

Keine.

Uebertritte in das Judentum

in der Zeit vom 10. Januar bis 11. Mai 1931.

1 Frau, 1 Mann.

Austritte aus der Synagogen-Gemeinde Breslau

in der Zeit bis 11. April 1931.

Syndikus Dr. Friedrich Koch, Reichspräsidentenplatz 6.

Zur Beachtung!

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Vorstand (Ritualkommission) der Gemeinde für die rituelle Zuverlässigkeit der im Anzeigenteil des Gemeindeblattes empfohlenen Waren keine Gewähr übernimmt, soweit es sich nicht um Geschäfte handelt, die der Aufsicht der Gemeinde unterstellt sind.

Anzeige von Sterbefällen

nur an Beerdigungsinspektor Louis Neumann, Höfchenstraße 97, Telephon 364 58, oder an

Israelitische Krankenverpflegungs-Anstalt, Hohenzollernstraße 96, Telephon 300 47, 300 48, 384 11.

Beerdigungen.

Friedhof Lohestraße.

13. 4. Rosa Auerbach geb. Goldberg, Elsasserstraße 11.
13. 4. Malvine Kuntze geb. Werner, Brandenburger Straße 52.
14. 4. Hulda Lipmann geb. Salomon, Kleiststraße 6.
15. 4. Dr. Ernst Lipmann, Eichendorffstraße 57.
19. 4. Sara Langbein geb. Lindner, Gartenstraße 19.
23. 4. Emil Brasch, Gabitzstraße 160/162.
23. 4. Michael Feige, Opitzstraße 26.
26. 4. Jacob Beck, Zimmerstraße 5.

Friedhof Cosel.

12. 4. Dorothea Guttmann geb. Schacher, Gabitzstraße 40.
12. 4. Michael Fisch, Pirolweg 18.
14. 4. Ludwig Deutsch, Höfchenstraße 6.
16. 4. Berta Berwin, Elbingstraße 30.
17. 4. Ernestine Nathan geb. Neisser, Gabitzstraße 25.
19. 4. Rosa Pinner geb. Bodländer, Goethestraße 10.
19. 4. Richard Eisner, Herderstraße 30.
19. 4. Selma Schindler geb. Pogorzelsky, Luisenstraße 11.
26. 4. Adolf Hecht, Höfchenstraße 97.
26. 4. Simon Riesenfeld, Katowice.
29. 4. Elly Graetzer, Augustastraße 91.
29. 4. Julie Centawer geb. Goldberger, Kirschallee 16.
30. 4. Dr. Martin Friedlaender, Charlottenstraße 65.
30. 4. Arthur Neumann, Lothringer Straße 9.
1. 5. Lenga, Antonienstraße 20.
1. 5. Sophie Hayn, Steinstraße 4/6.
4. 5. Henriette Kirstein, Viktoriastraße 33.

Aus dem Vereinsleben.

Arbeitsnachweis jüdischer Organisationen Schlesiens.

Breslau II, Schweidnitzer Stadtgraben 28.

Telephon: 268 63. Postscheckkonto: 263 09.

Auch in den Sommermonaten bitten wir alle uns nahestehenden Firmen und Arbeitgeber, mit der Propaganda für unseren Arbeitsnachweis nicht zu erlahmen. Gerade jetzt bietet sich häufig die Möglichkeit, durch Gelegenheitsarbeiten Erwerbslose zu beschäftigen. Die konjunkturmäßige Besserung der Arbeitsmarktlage hat sich bei den jüdischen Erwerbslosen nur in geringem Maße bemerkbar gemacht, so daß ihre Zahl nach wie vor noch außerordentlich groß ist. Fragen Sie auch Ihre Lieferanten und Handwerksfirmen, die für Sie Arbeiten ausführen, ob bei ihnen auch jüdische Arbeitnehmer beschäftigt sind, und veranlassen Sie, daß bei Neueinstellung auch solche in Konkurrenz treten. Wir benötigen dringend Stellen für Chauffeure, Elektrotechniker, Bauarbeiter und ungelernte Kräfte. Jede uns gemeldete Vakanz (Telephon: 268 63) wird individuell behandelt und nur geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt.

Für die Urlaubszeit bitten wir, wegen Aushilfsstenotypistinnen und sonstigen Aushilfskräften stets rechtzeitig bei uns anzufragen. Auch für Vertrauensposten, Häuserverwaltung, Aufsichtsbeamte, Abteilungsleiter und Geschäftsführer haben wir stets geeignete Persönlichkeiten bei uns gemeldet.

Nach Beendigung einer Spezialausbildung geübter Stenotypistinnen für das Anwaltsfach suchen wir Stellen für diese zu vermitteln. Wir ersuchen die Herren Anwälte, sich baldigst wegen dieser qualifizierten Kräfte mit uns in Verbindung setzen zu wollen.

Wir machen auf unsere Schreibstube, die älteren kaufmännischen Stellungslosen hin und wieder einen Verdienst schafft, besonders aufmerksam und bitten, Schreibarbeiten, Vervielfältigungen etc. durch uns anfertigen zu lassen.

Interessenten für den vom Jüdischen Wohlfahrtsamt eingerichteten Kursus im Weißnähen wollen sich ebenfalls in unserer Sprechstunde melden.

Die Kinderfürsorge des Jüdischen Frauenbundes, Ortsgruppe Breslau

hat am 1. April d. J. die Kinderspeisung abgeschlossen. Die besonderen Notstände dieses Winters hatten dieses Hilfswerk gefordert, und es hat sich in jeder Hinsicht bewährt. Fünf mal in der Woche erhielten 50 Kinder eine reichlche Mittagsmahlzeit, die aus zwei Gängen bestand. Diese Speisung, die, wie schon erwähnt, in den Räumen des Kindergartens und Kinderhortes in der Sonnenstraße stattfand, hat bei unseren jungen Gästen und bei deren Angehörigen so viel Befriedigung ausgelöst, daß die Schließung, die aus sachlichen Gründen notwendig war, allgemein schmerzlich empfunden wurde. Wir weisen schon heute darauf hin, daß wir Ende Mai unsere örtliche Erholungsfürsorge, wie seit Jahren, im Garten des Kleinkinderheims des Jüdischen Frauenbundes in Krietern wieder eröffnen. Auch diese Erholungsmaßnahme ist mit einer einfachen Speisung und Liegekur im Garten oder in gedeckter Veranda verknüpft.

Wir danken allen Freunden und Gönnern, die unsere Winterarbeit gefördert haben; wir danken ganz besonders der Synagogengemeinde, dem Jüdischen Wohlfahrtsamt, dem Städtischen und Landes-Jugendamt, die uns bei unserem Liebeswerk geholfen und es unterstützt haben.

Spenden erhielten wir außer den schon früher genannten von: Frl. Trude Cohn, Schwerinstraße 33, Frau Fanny Behrendt, Frau Dr. Miodowsky, Herrn Lippmann Bloch, Frl. Luise Rosenhain, Herrn Carl Friedmann.

Wir bitten, auch unsere Sommerarbeit freundlichst zu unterstützen.

Hedwig Leipziger. Emmy Vogelstein.

Jüdisches Museum e. V.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß sich unsere Sammlung wohlgeordnet in den Räumen des Schloßmuseums, Karlstraße 34, befindet, und dort zu den üblichen Oeffnungszeiten des Museums, an Werktagen von 9—2 Uhr vormittags und Sonntags von 11—2 Uhr gegen Entrichtung des für das Schloßmuseum gültigen Eintrittsgeldes von 0.50 Mk. auf besonderen Wunsch zugänglich ist.

Auch werden auf besonderen Wunsch und gegen vorherige rechtzeitige Anmeldung bei dem Schriftführer des Vereins, Herrn Felix Perle, Breslau 6, Striegauer Straße 2, Fernsprecher 594 04, Führungen veranstaltet.

Leihgaben und Spenden werden ebenfalls jederzeit gern durch Herrn Felix Perle an obiger Adresse in Empfang genommen.

Das Jüdische Schwesternheim,

Breslau, Kirschallee 33,

stellt seine Schwestern zur Krankenpflege zur Verfügung. Die Pflegekosten sind ermäßigt worden.

Jüdischer Frauenbundskalender.

Bestellungen zum neuen Kalender bitten wir baldmöglichst bei Frau Hedwig Engel, Tauentzienstraße 7, I, anzumelden.

Die Preise sind dies Jahr ermäßigt und betragen für den Block 1,90 Mark, für den Wandkalender 2,20 Mark.

Aufruf!

Wir erhielten erschütternde Nachrichten aus Polen.

Wilna und eine Anzahl von Orten in weitem Umkreise sind von einer furchtbaren Hochwasserkatastrophe betroffen worden. Wohnungen und Werkstätten sind unter Wasser gesetzt, Häuser zerstört worden, Synagogen, Schulen, Spitäler haben gelitten. Tausende jüdischer Familien mußten ihr Heim verlassen, unter Verlust ihrer Habe. Viele konnten nur ihr nacktes Leben retten und müssen, von allem Notwendigen entblößt, im Freien oder in Dachstuben zusammengedrängt kampieren. Zelte und Baracken fehlen. Es herrscht fürchterliche Not und Arbeitslosigkeit. Eine Typhusepidemie ist ausgebrochen.

Man organisiert in Polen selbst, so trostlos auch die wirtschaftliche Lage dort ist, eine Unterstützungsaktion.

Gleichzeitig sind dringende Hilferufe an den Hilfsverein der Deutschen Juden ergangen.

Wir hielten es für unsere Pflicht, diesem Appell sofort zu entsprechen. Trotz der schweren Zeiten wenden wir uns an die deutschen Juden mit der herzlichen Bitte: Versaget nicht Eure Teilnahme den vom Unglück Heimgesuchten! Helfet, damit zur Linderung der großen Not beigetragen werden kann. (Postscheckkonto Berlin Nr. 331 26.)

Hilfsverein der Deutschen Juden.
Dr. James Simon, Vorsitzender.

S. C. „Hakoah".

In der am 6. d. M. stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung, die von 61 Mitgliedern besucht war, wurde der Gesamtvorstand gewählt: 1. Vorsitzender: Alfred Siedner, 2. Vorsitzender: Hans Schüftan, Schriftführer: Rudolf Krebs, Sportwart: Paul Heimann, Kassierer: Martin Kiwi, Jugendobmann: Bruno Berlinski, Platz- und Zeugwart: Georg Pechwasser, 2. Beisitzer: Bardasch, L. Schüftan.

Am 10. d. M. ist ein Vereinskampf mit Eintracht-Schönborn in Schönborn abgeschlossen worden. Diese Gelegenheit dient gleichzeitig als Mai-Radausflug.

Jüdischer Schwimmverein E. V.

1. Die Sommersaison beginnt am Montag, den 18. Mai 1931, 20,30 Uhr, bei Kallenbach. Im Sommerbade ist die beste Gelegenheit zur Entfaltung unserer Werbetätigkeit. Wir erwarten, daß jedes Vereinsmitglied uns ein neues Mitglied zuführt.

2. Die Mitglieder der Radfahr-Abteilung treffen sich regelmäßig Dienstag, abends 20,15 Uhr, an der Tankstelle Ring. Die Sonntagsausflüge finden um 8,30 Uhr ebenfalls von der Tankstelle Ring aus statt. Abfahrt für Nachzügler um 14 Uhr. Die Tischtennisabende finden im Sommer am Mittwoch, 20 Uhr, im Jugendheim statt. Gäste sind zu allen Veranstaltungen herzlich eingeladen.

3. Am 14. Juni findet unser erster Ausflug nach Obernigk-Ritschedorf statt.

4. Die so beliebte Mondscheinfahrt geht am Sonnabend, den 27. Juni, 21,30 Uhr, vor sich.

5. Am 28. Juni findet das diesjährige Gau-Jugendtreffen in Freiburg i. Schles. statt.

Wir erwarten recht zahlreiche Beteiligung an unseren Veranstaltungen. Besondere Einladungen ergehen noch, doch bitten wir heute schon, sich diese Tage für uns freizuhalten.



Mitteilungen des Reichsbundes jüd. Frontsoldaten

E. V. Ortsgruppe Breslau E. V.

I. Unsere letzte Mitgliederversammlung vor den Ferien findet am Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10½ Uhr, im „Jüd. Jugendheim", Schweidnitzer Stadtgraben 28, I, statt. Kamerad Bankdirektor Martin Pollack, Glogau, gibt einen vertraulichen Bericht über die letzte Bundeshauptversammlung. Nur Mitglieder haben Zutritt!

II. Wir warnen unsere Kameraden vor einem Beitritt zu der neugegründeten Organisation „Rechtsschutzverband ehemaliger Frontsoldaten", der durch sein Organ „Der Kriegskamerad" Propaganda macht. Diese Neugründung bezeichnet sich zwar als unparteiisch und unpolitisch, steht aber unter der Leitung eines unbekannten Herrn Franz Robert Rausch-Busse, Breslau 10, und des leider nur zu sehr bekannten Herrn Franz Schwob, Breslau 10, Vinzenzstraße 39, vor dem erst in der Nummer vom 5. 4. 31 der „Breslauer Zeitung" gewarnt worden ist. Wir müssen annehmen, daß der Beitritt von Juden dieser Organisation nicht erwünscht ist.

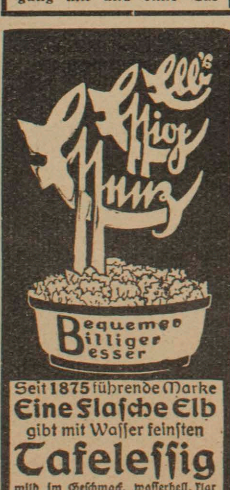
III. Am 4. 5. 31 feierte Kamerad Benno Masur, Augustastraße 132, seinen 50. Geburtstag. Nochmals von hier aus unsere herzlichsten Glückwünsche.

IV. Als neues Mitglied begrüßen wir Kamerad Alfred Rawitscher, Große Dreilindengasse 6.

Buchbesprechungen

Dr. Joseph Stern: **„Die fünftägige Arbeitswoche und ihre Problematik"**, Teil I (Schriftenreihe des Weltverbandes für Sabbathschutz „Schomre Schabbot" Nr. 1). Berlin 1931. Verlag Itzkowski & Co. 46 S. Preis 1.50 Mk.

Die entscheidende Bedeutung der fünftägigen Arbeitswoche für die Lösung des Sabbathproblems wurde bereits auf dem Sabbathweltkongreß des vergangenen Jahres gewürdigt. Man erwartete von ihr nicht nur Hilfe für die um ihre wirtschaftliche Existenz verzweifelt ringenden sabbathtreuen Kreise, sondern darüber hinaus eine Rückeroberung des Sabbath über einen großen Teil jener Glaubensgenossen, die sich unter dem Druck der wirtschaftlichen Sorge von ihm losgesagt haben. Leider hat die Furcht vor einer die Stetigkeit des Sabbath bedrohenden Kalenderreform diese Hoffnungen getrübt, und der schnelle Lauf, der in den letzten Monaten durch die zum Studium der Reform in den verschiedenen Ländern eingesetzten Komitees geleisteten Arbeit hat jene neue Gefahr in beängstigende Nähe gerückt. Aber auch auf der anderen Seite ist die Entwicklung sprunghaft vorwärts geschritten und die Fünftagewoche aus einer Utopie zu einer realpolitischen Forderung geworden. Um so notwendiger scheint es, die Problematik der neuen Arbeitswoche vom Standpunkt des religiösen Juden aus zu untersuchen. Dieser Aufgabe ist die Studie Dr. Sterns gewidmet, die soeben in der Schriftenreihe des Weltverbandes für Sabbathschutz erscheint. Der vorliegende erste Teil behandelt insbesondere das wirtschaftliche Problem. Stern weist einleitend darauf hin, daß die Zwangslage, in die der sabbathfeiernde Jude durch die moderne Sonntagsgesetzgebung gekommen ist, ihn zum Vorkämpfer der auf die Durchführung der Fünftagewoche zielenden Bestrebungen gemacht hat, und zeigt, daß in der Tat die religiösen Juden Newyorks einen hervorragenden Anteil an der von Amerika ausgehenden Bewegung haben. Das wirtschaftliche Problem behandelt Stern sowohl unter dem Gesichtspunkt des Einzelbetriebes, als auch unter dem der Allgemeinheit und gelangt dabei zu Schlüssen, die insbesondere für die praktische Möglichkeit der Sabbathheiligung von größter Bedeutung sind. Auf dem Gebiete der industriellen Produktion kann der einzelne Unternehmer unter bestimmten Voraussetzungen auch inmitten einer im allgemeinen auf 6 Arbeitstage eingestellten Wirtschaft seinen Betrieb bei 5tägiger Arbeit rentabel gestalten, im Handel dagegen ist der Einzelne an die allgemeine Verkehrssitte gebunden. Die Fünftagewoche als gesamtwirtschaftliche Institution läßt sich von der ökonomischen Seite allein nicht begründen, doch wirkt der technische Fortschritt darauf hin, daß immer weniger Arbeit erforderlich wird, um die Menschheit zu ernähren. Die Fünftagewoche als vorübergehende Krisenerscheinung trägt einen besonderen Charakter, doch scheint sie geeignet, die auf die allgemeine und grundsätzliche Durchführung der neuen Arbeitswoche gerichtete Bewegung





zu fördern. Die russische Fünftagewoche, die ausführlich dargestellt wird, hat mit der gleichnamigen Einrichtung der kapitalistischen Länder nichts gemein. Ueber die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung urteilt Stern, daß es sehr wohl dahin kommen könne, daß die industrielle Produktion allgemein auf 5 Tage in der Woche beschränkt wird, wie es auch denkbar sei, daß der Büroverkehr regelmäßig 2 Tage hintereinander ruhe, es sei aber nicht anzunehmen, daß jemals das gesamte Wirtschaftsleben in allen seinen Zweigen noch für einen zweiten Tag in der Woche stillgelegt werde. Für das Sabbathproblem folgt daraus, daß mit der Durchführung der Fünftagewoche zwar nicht alle Sorgen behoben sind, daß aber so wesentliche Schwierigkeiten in Fortfall kommen, daß es jedem Juden möglich sein wird, den Sabbath in traditioneller Weise zu halten. Anders freilich liegt die Situation, wenn durch Einfügung von Blankotagen das System des Kalenders durchbrochen wird und der Sabbath nicht mehr an den Sonnabend der bürgerlichen Woche gebunden ist. — Die leicht geschriebene, auf gründlicher Kenntnis der Literatur und des Tatsachenmaterials fußende Studie bietet all denen, die sich mit dem Sabbathproblem, wie überhaupt mit jüdischer Wirtschaftspolitik befassen, unentbehrliches Material.

Emil Ludwig: **„Geschenke des Lebens, ein Rückblick.** Geh. 12 Mk., Lein. 16 Mk. Ernst Rowohlt Verlag, Berlin.

Emil Ludwig, ein Breslauer Kind als Sohn des berühmten „Augen-Cohns“ (zum Unterschied zu dem ebenso berühmten „Pflanzen-Cohn“), ist vielleicht der meistgelesenste deutsche Schriftsteller im In- und Auslande. Auch dieser zur Vollendung seines 50. Lebensjahres blendend geschriebene Rückblick auf ein hochinteressantes Leben, fesselnd bis zur letzten der 856 Seiten, wird von Tausenden Lesern förmlich verschlungen werden. Wiederum zeigt Ludwig sich als Meister in der Charakter-Schilderung der Männer und Frauen, die Deutschlands Geschicke in den letzten 30 Jahren beeinflußt haben, wobei mancher, den wir bisher als „Größe“ gehalten haben, herzlich klein erscheint. Manchmal kann man sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß die gegebene Charakteristik auf zu kurzem Eindruck beruht und nur der glänzenden Darstellung wegen gegeben ist. Am eingehendsten und wohl am vollkommensten ist — sicherlich kein Zufall — die Charakteristik Maximilian Hardens, mit dem Ludwig so viel Aehnlichkeiten und Gegensätze verbunden haben. Etwas ganz Besonderes aber ist die Charakteristik seines Vaters, des aufrechten, geistreichen aber auch knorrigen Gelehrten, dem die Reaktion der 80er Jahre anstatt kräftiger Förderung jedes Hindernis in den Weg gelegt hat. Von einer ganz neuen Seite zeigt sich Ludwig in der eingestreuten Liebesidylle von der Eroberung seiner Frau und dem Aufbau der kleinen Hütte in der Wald- und See-Einsamkeit, in der die naturvertraute Lebensgefährtin den verwöhnten Großstädter zur Natur zurückfinden läßt. Alle diese Reize und Schönheiten des neuen Werkes werden zwar tausende Leser aufs höchste entzücken, der Ewigkeitswert des Buches steckt aber m. E. — dem Verfasser wahrscheinlich am meisten unbewußt — in dem so nebenbei gegebenen Ausschnitt aus dem Kulturbild von Breslau zu Ende des vorigen Jahrhunderts. Manches ist davon erst kürzlich „historisch“ geworden, so wenn Ludwig berichtet, wie sein Vater von seinem Parkettplatz aus in der üblichen Weise während der Pause sich umdrehte, um seine Bekannten in den Rängen, jeder auf dem „ihm nach seinem Stand und Reichtum zustehenden“ Platze zu begrüßen, eine Breslauer „Sitte“, die erst mit der „Mischung“ durch die Volksbühne verschwunden ist. Dabei ist Ludwig durchaus nicht gut auf Breslau zu sprechen. „Da meine Mutter Breslau verließ, hinterließ ich in meiner Vaterstadt nichts, was mich band. In zwanzig Jahren hat nachher weder die dortige Gesellschaft, noch die öffentliche Meinung, noch haben meine Kameraden mich gefördert. Ein einziger, Alfred (damit ist wohl unser Gemeindemitglied, der Großkaufmann Alfred S., in Firma S. & Sch., gemeint! D. Verf.), ist mir über alle Wechselfälle unbeirrt hilfreich und brüderlich treu geblieben.“ (S. 243.)

Noch ein Wort zu seiner Stellung zum Judentum, zu dem sich L. jetzt offen bekennt. Nach der naturphilosophischen Anschauung des Vaters sei für keine Religion Platz in der Familie gewesen. Aber trotz des um sich greifenden Antisemitismus habe sich der Vater geweigert, seine Kinder taufen zu lassen. Die Namensänderung sollte lediglich das Fortkommen der Kinder erleichtern. (S. 104, 573.) R.

Das Aprilheft der **Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums** wird eröffnet durch einen Aufsatz G. Salzbergers über die moderne Predigt. Ausgehend von der Arbeit eines bekannten christlichen Theologen sucht Salzberger dem Zeitwandel gerecht zu werden, der über den Rationalismus des 19. Jahrhunderts zur Gegenwart geführt hat; er erörtert vor allen Dingen die Forderung der Schlichtheit und Sachlichkeit, die der neuzeitliche Hörer, ob Jude oder Christ, an die Predigt stellt. Er weiß aber zugleich den besonderen Bedingungen der Synagogenpredigt gerecht zu werden, die, im Sinne der Ueberlieferung des Judentums, einen weit stärker belehrenden Charakter tragen muß als die Kirchenpredigt. Erfreulicherweise setzt ferner dies Heft die Darstellung des jüdischen Schulwesens fort, welche durch den Aufsatz des Herrn Professor Fürst im vorigen Heft begonnen wurde. Während, wie jener Aufsatz zeigt, die Zahl der höheren Schulen eher im Zunehmen begriffen ist, zeigt die Statistik des Volksschulwesens, die der bekannte Fachmann Direktor Dr. Rotholz mit erläuternden Bemerkungen vorlegt, einen starken Rückgang sowohl der Schulen wie auch der im Volksschulwesen beschäftigten Lehrkräfte. Wie wir erfahren, werden die nächsten Hefte Aufsätze über das Schulwesen in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie bringen, denen man mit großer Spannung entgegen sehen darf. Von denjenigen Arbeiten, die in erster Linie für den Fachmann bestimmt sind, darf der Aufsatz von Schirmann „Eine hebräisch-italienische Komödie des 16. Jahr-



hunderts“ als Beitrag zu der fast völlig vernachlässigten Geschichte des hebräischen Dramas wohl auch weiteres Interesse beanspruchen. Adolf Kober nennt seinen Aufsatz über jüdische Studenten und Doktoranden der Universität Duisburg im 18. Jahrhundert mit Recht einen Beitrag zur Geschichte der Aufklärung, da er zeigt, daß bereits lange vor Mendelssohn Juden in erheblichem Umfang Universitätsstudien betrieben haben. Ferner liefert J. Sonne Beiträge zur Geschichte der noch immer dunklen und doch anziehenden Gestalten David Reubenis und Salomo Molchos. Man abonniert die Monatsschrift, indem man Mitglied der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums in Berlin wird und den jährlichen Mindestbeitrag von 10 Mark an diese Gesellschaft (Postscheckkonto Paul Veit Simon, Berlin 7030) oder an einen der Vertrauensmänner sendet, welche in jedem Heft der Monatsschrift aufgezählt sind.

Dr. Bruno Weil: **„Boulanger, der Trommler Frankreichs“.** Verlag Dr. Walter Rothschild, Berlin-Grunewald.

Um die Person des Generals Boulanger, französischen Kriegsministers und Revanchehelden, durch den Kriegsgefahr mit Deutschland zweimal in den achtziger Jahren heraufbeschworen wurde, hat sich schon zu seinen Lebzeiten ein ganzer Legendenkranz gebildet. Seine Persönlichkeit ist in Deutschland besonders in den Vordergrund gerückt worden durch die Aehnlichkeit des deutschen politischen Geschickes zur Jetztzeit mit dem französischen nach 1870. In dem gleichen zeitlichen Abstand, in dem nach 1870 die boulangistische Bewegung geboren wurde, hat in Deutschland die nationalsozialistische ihren Höhepunkt erreicht. Es muß darum von besonderem Interesse sein, dem deutschen Leserkreis einmal die boulangistische Epoche vor Augen zu führen. Diese Aufgabe ist um so reizvoller, als die Akten des Auswärtigen Amts wichtiges, bisher nicht benutztes Material zu dieser Epoche enthalten. Dr. Bruno Weil, der Verfasser des bekannten Dreyfusbuches, das in fast alle modernen Sprachen inzwischen übersetzt worden ist, hat es unternommen, Glück und Elend des General Boulanger dem deutschen Leserpublikum nahe zu bringen. Das demnächst erscheinende Buch kann auf das größte Interesse aber nicht allein bei den politisch tätigen Menschen unserer Zeit rechnen. Denn wenn Boulanger als Politiker versagt hat und die ihm gebotene einzigartige Gelegenheit zur Machtergreifung nicht zu benutzen wußte, so wird die romantische Liebes- und Leidensgeschichte, die ihn an die Marquise von Bonnemains gebunden und sein Schicksal besiegelt hat, vielleicht mehr noch als seine politischen Taten seinen Namen der Nachwelt überliefern.

Ernst Lohmeyer: **„Glaube und Geschichte in vorderorientalischen Religionen“.** Ferdinand Hirt in Breslau Verlag. 27 S. 1,40 Mk.

Die vorliegende Schrift ist die Einführungsrede in das Rektorat der Universität Breslau, die Prof. Lohmeyer am 3. November 1930 gehalten hat. Sie beschäftigt sich im Zusammenhang mit der Frage des Zusammentreffens von Glaube und Geschichte, von Religion und staatlichem Geschehen — neben Babylon und Persien —, eingehend mit dem antiken Judentum. Hier nämlich war Religion als Gottesidee leitendes Moment auch des kleinsten Geschehens, hier war jede Tat eingefügt in das System: Volk Israel — der heilige Gott. Lohmeyer verfolgt diese einzigartige Stellung des jüdischen Volksgedankens über das gesetzte Ziel hinaus, um die leitenden Faktoren jüdischer Geschichte in der engen Verbindung mit dem Gottesgedanken herauszuheben. Die Schrift ist eine angenehme Einführung in das vorderorientalische Religionswesen und sollte, nicht zuletzt wegen der schönen Sprache, nicht unbeachtet bleiben.

—d.

Katalog jüdischer Bücher. Die Antiquariats-Buchhandlung Otto Harrassowitz in Leipzig versendet ihren Katalog 431, der den ersten Teil der großen jüdischen Büchersammlung des im vorigen Jahre in Berlin verstorbenen Arztes Dr. med. et phil. L. Pinczower enthält. Die 2495 Nummern dieses ersten Katalog-Teiles „Judaica" enthalten eine unglaubliche Fülle von Material, darunter eine große Zahl von Raritäten. Wenn man bedenkt, daß zwei weitere Katalog-Teile noch folgen sollen, die noch einmal Judaica, dann Hebraica und Rabbinica enthalten werden, steht man bewundernd vor der Tatsache, daß das Ganze nur eine Privatbibliothek darstellt. Allen Interessenten ist die Anforderung dieses Katalogs dringend zu empfehlen. Sch.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Werbenachrichten

